

Ein falsches Projekt.

„Das Tschad/Kamerun Ölprojekt ist nicht die Hilfe, um die wir gebeten haben oder die wir brauchen. Ohne Rechtsstaatlichkeit und ohne Respekt vor Menschenrechten und der Umwelt zerstört die Finanzierung solcher Großprojekte der Erdölwirtschaft die Umwelt und uns. Hilfe!“, Erzbischof Desmond Tutu, Südafrika, 2001.

1995 wurden Pläne der Firma ESSO¹ öffentlich, Ölfelder im zentralafrikanischen Tschad zu erschließen. Die politische Situation im Tschad war und ist von extremer Gewalt geprägt. In diesem Umfeld wollte ein Konsortium aus den Firmen Esso, elf und Shell 3,4 Milliarden US\$ investieren, für ca. 300 Bohrlöcher und eine 1.070 Kilometer lange Pipeline aus dem Dorf Komé im Süden des Tschad an die Atlantikküste Kameruns.

Das Tschad/Kamerun Erdöl- und Pipelineprojekt (TKEPP) ist ein vieldiskutiertes Exempel für den Versuch zivilgesellschaftlicher Gruppen, Einfluss auf ein industrielles Großprojekt zu nehmen. In den 1990er Jahre hatten sich die sozialen Bewegungen professionalisiert. Methoden der Öffentlichkeitsarbeit, Bewusstseinsbildung und politischer Lobbyarbeit wurden zu zielgerichteten Kampagnen gebündelt. Nichtregierungsorganisationen versuchten auf verschiedenen Ebenen politische Prozesse zu steuern. Dies war u.a. eine Reaktion auf eine zunehmende Privatisierung des politischen Handelns. Wichtige Entscheidungen über die Lebensbedingungen der Bewohner eines ganzen Staates werden von den Managern privater Konzerne gefällt. Dadurch, und durch den Zerfall staatlicher Strukturen in einigen Ländern Afrikas gingen Regierungen als verantwortliche Ansprechpartner verloren. An ihre Stelle traten in manchen Bereichen privatwirtschaftliche Unternehmen und zwischenstaatliche Organisationen, zuvorderst die Internationalen Finanzinstitutionen.

3,4 Milliarden US\$ Investitionssumme für das TKEPP bedeuten die bisher größte privatwirtschaftliche Investition im subsaharischen Afrika. Privatbanken hatten abgewunken, die Risiken schienen ihnen zu groß. Da beschloss ESSO, die Weltbank ins Boot zu holen². Die letztlich gewährten 150 US\$ Weltbankkredit (0,04%) erscheinen zwar angesichts der Gesamtsumme sehr gering. Bedeutsam ist aber die Tatsache, dass die Weltbank überhaupt finanziell in das Projekt involviert ist. Als Projektbeteiligte wacht sie darüber, dass die Projektvereinbarungen eingehalten werden. Damit ist das Konsortium, u.a., faktisch gegen Enteignung geschützt. Zumindest solange die Regierung des Tschad die Kooperation der Weltbank braucht. Die Verwendung von Mitteln aus dem Armutsbekämpfungsfonds der Weltbank für die Absicherung des wirtschaftlichen Risikos einer Privatfirma stellt allerdings einen Missbrauch dar.

Eine nicht unwesentliche Rolle bei der Weltbankentscheidung hat aber vermutlich die Tatsache gespielt, dass die Tschad/Kamerun Pipeline die erste Pipeline aus Zentralafrika an die den USA zugewandte Atlantikküste ist. Sie hat eine hohe strategische Bedeutung. Bis 2015 wollen die USA 25% ihrer Rohölimporte aus der Region Golf von Guinea decken.

Gibt es richtige Projekte in den falschen? Das Projekt Vernetzung.

Im Jahr 1997 wurde in der Ölregion im Tschad unter dem Vorwand der Rebellenbekämpfung mehrere hundert Menschen von staatlichen Sicherheitskräften umgebracht. Es brauchte viel Mut, um unter diesen Umständen den Widerstand gegen

¹ Die Tochterfirma von ExxonMobil im Tschad firmiert als "ESSO Exploration and Production Chad Inc.", kurz ESSO, www.essochad.com

² Noel K. Tshiani, Rede bei der WB Evaluierungskonferenz 10/2005 in N'Djaména, Bericht der AG-Erdöl 2005.

die Art und Weise in der das TKEPP betrieben wurde, zu organisieren. Die internationalen Unterstützer bemühten sich deshalb besonders um Schutz für die lokalen Akteure. Dazu wurden die Kommunikationsmöglichkeiten verbessert. Die Spende einer deutschen Kirchengemeinde erlaubte einer kleinen Organisation, der „Association Tchadien pour La Non-Violence / ATNV“ die Anschaffung eines Faxgerätes.

Diese lokale Menschenrechtsorganisation schulte Bewohner der Ölregion in Methoden der Menschenrechtsbeobachtung. So entstanden beweiskräftige Protokolle über die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und gingen per Fax direkt an die Unterstützer weltweit. Lokale Militärkommandanten mussten plötzlich damit rechnen, dass ihre Verbrechen bekannt wurden und bei den potentiellen Geldgebern für schlechte Stimmung sorgten. Damit solche Aktionen rasch und zuverlässig geschehen konnten, waren hauptamtliche Strukturen nötig, die in Deutschland, Kamerun und dem Tschad mit Finanzierung der Hilfswerke Brot für die Welt, MISEREOR und des Friedensdienstes EIRENE geschaffen wurden.

Komparative politische Vorteile wurden genutzt. Die zivilgesellschaftlichen Gruppen in Kamerun und im Tschad konnten verlässliche Informationen liefern. Die Partnern im Norden nutzten das Material zur Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Durch die internationale Aufmerksamkeit geriet auch die Weltbank unter Druck. Sie richtete eine Internationale Beratergruppe ein, die den Fortgang des Projektes regelmäßig beobachten sollte und die Regierung des Tschad ließ sich darauf ein, ein weltweit einmaliges Gesetz zu erlassen. In diesem Gesetz über die Verwendung und Kontrolle der Öleinnahmen (Gesetz #001/99) wurde festgelegt, dass 80% der Öleinnahmen für prioritäre Sektoren der Armutsbekämpfung ausgegeben werden, 15% in einen Fonds für zukünftige Generationen eingezahlt werden und 5% der Förderregion direkt zugute kommen. Überwacht wir die Einhaltung dieses Gesetzes durch ein spezielles Gremium, in dem die Zivilgesellschaft vertreten ist.

Seit dem 10. Oktober 2003 fließt das Öl aus dem Tschad. Seitdem ist das Land ein weiteres Beispiel für den so genannten Ressourcenfluch. Er bezeichnet das Phänomen, dass Ressourcenreichtum in den Förderländern anscheinend zwangsläufig zu autoritären Regimen und zu wirtschaftlichem Niedergang führt³. Pünktlich mit Beginn der Ölförderung kam es im Tschad zu Engpässen in der Energieversorgung, die Zahlungsschwierigkeiten des Staates verschärften sich und damit auch die innenpolitischen Spannungen. Die Zahl der bewaffneten Rebellenbewegungen nahm sprunghaft zu. Der Konflikt im benachbarten Darfur, der Heimatregion des derzeitigen Präsidenten Déby, verschärfte die Situation weiter. Der Tschad sank im Human Development Index der UN von Position 165 in 2003 auf Position 171 in 2006.

Die Regierung warf der Weltbank, der Zivilgesellschaft und dem Konsortium vor, die wirtschaftliche Misere des Landes durch den restriktiven Umgang mit den Ölgeldern verursacht zu haben. Am 29.12.05 änderte das Parlament das Gesetz über die Verwendung der Öleinnahmen und kippte damit den Grundstein des so genannten Modellprojektes. Auf diplomatischer Ebene setzte hektische Betriebsamkeit ein. Am 6. Januar 2006 kündigt die Weltbank an, dass sie die Zusammenarbeit mit dem Tschad

³ siehe unter anderen: The Paradox of Plenty (Oil Booms and Petro-States) by: [Terry Lynn Karl](#). [Paperback \(Paperback\), 1997-09-01, Studies in International Political Economy, No 26 oder](#) A CLOSER LOOK AT OIL, DIAMONDS, AND CIVIL WAR, Michael Ross, Department of Political Science, University of California, Los Angeles, 2006

suspendiert und Kredite im Wert von 124 Million US\$ einfriert. Trotzdem unterschrieb Präsident Déby am 11.1.06 das neue Gesetz und setzte es in Kraft. Damit löste er den Fonds für zukünftige Generationen auf. Ab sofort konnten Ölgelder auch für die Bereiche Nationale Sicherheit und allgemeine Verwaltung ausgegeben werden. Die Weltbank stand vor dem Scherbenhaufen ihres Modellprojektes.

Der Einfluss der NROen hatte nicht ausgereicht, um in dem Projekt die Rechte der Betroffenen zu wahren. Das im Gesetz über die Verwendung der Öleinnahmen vorgesehene Kontrollgremium funktioniert zwar und legt aussagekräftige Berichte vor⁴. Die belegen eindrucksvoll wie Ölgelder veruntreut werden. In jedem anderem Land würde sich Justiz der Fälle annehmen. Nicht so im Tschad. Seit der Veröffentlichung des besonders brisanten Berichtes zum Jahr 2004 ist bis heute noch nicht eine Person zur Rechenschaft gezogen.

Die Diskussion zum TKEPP hat aber die Gesamtdiskussion um die Problematik der extraktiven Industrien belebt und die Weltbank veranlasst, ihre Politik in diesem Bereich zu evaluieren. Am „Extractive Industries Review Process“⁵ (EIR, 2001 – 2003) wirkten auch NRO Vertreter aus dem Bereich des TKEPP mit. Der Abschlussbericht enthält einige sehr wichtige Empfehlungen. Z.B. die Erkenntnis, dass funktionierende staatliche Strukturen Voraussetzung sind, damit Ressourcenproduktion armutsbekämpfend und entwicklungsfördernd wirksam werden kann. Alle Versuche, diese Strukturen mit den Einnahmen aus der Ressourcenvermarktung aufzubauen, wie im Falle des Tschad, sind bisher gescheitert. Norwegen füllt seine Rentenkasse mit Öleinnahmen. Aber dort wird von den Regierenden Rechenschaft über die effektive Verwendung der Öleinnahmen gefordert. Das schafft gute Laune bei den Wählern und nicht Putschgelüste. Stärkerer Druck der internationalen Gemeinschaft könnte vielleicht wirksam sein. Reiseverbote für Despoten und ihre Familien wären eine Möglichkeit.⁶ Und demokratischer Standards müssen gefördert werden. Bis jetzt hat die internationale Gemeinschaft, allen voran Frankreich, den brutalen Wahlfälschungen im Tschad immer noch ein legitimatisches Mäntelchen umgehängt.

Allerdings, solange wir Öl-Junkies hier im Norden bereit sind, jeden Preis für unsere Droge Öl zu bezahlen werden sich die Probleme nicht lösen. Geld alleine löst kein Problem, es schafft sie eher.

Martin Zint, Mai 2007

Literaturtipp:

Martin Petry:

Wem gehört das schwarze Gold?

Engagement für Frieden und Gerechtigkeit in der Auseinandersetzung mit dem

Erdölprojekt Tschad/Kamerun,

Brandes & Apsel, Frankfurt 2003

www.erdoel-tschad.de

⁴ www.ccsrp.td, leider ist der Jahresbericht 2004 nicht online verfügbar, liegt aber dem Autor vor und kann über m.zint@zintweb.de angefordert werden.

⁵ <http://www.eireview.org/>

⁶ Brahim Déby, Sohn des Präsidenten Idriss Déby, wurde am 4.6.06 von einem Pariser Gericht wegen illegalen Waffen- und Drogenbesitz zu 6 Monate Gefängnis und 2.000,00 Euro Geldstrafe verurteilt. Aber er darf im Land bleiben.